



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Ansprechpartner/in: Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 10.12.2008

Niederschrift

über die **40. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, dem 28.10.2008, 16:00 Uhr bis 18:58 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Karsten Möring CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Johannes-Werner Hamm CDU

Herr Markus Hock CDU

Herr Henk van Benthem CDU (für RM Manderla; bis 18.00 Uhr)

Herr Dietmar Ciesla-Baier SPD

Herr Peter Kron SPD

Herr Wendel Mispelkamp SPD

Herr Karl-Heinz Walter SPD

Frau Dr. Sabine Müller Grüne (bis 18.45 Uhr)

Frau Bettina Tull Grüne

Frau Christtraut Kirchmeyer FDP

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Karel Schiele pro Köln

Herr Michael Weisenstein Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Hermann-Josef Doerfner auf Vorschlag der CDU

Herr Ferdinand Schmitz auf Vorschlag der CDU

Frau Helga Schlapka auf Vorschlag der SPD

Herr Hans-Peter Vietzke auf Vorschlag der Grünen

Herr Hans Edgar Preckel auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dieter Pannecke

Herr Selahattin Toprakci

Herr Bernd Fahlenbock

(16.11 Uhr bis 18.30 Uhr)

Herr Horst Ladenberger

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck

Herr Christian Dörkes

Herr Klaus Harzendorf

Herr Ralf Mayer

Herr Gerd Neweling

Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

Frau Angela Thiemann

Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Amt für öffentliche Ordnung
Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Bauverwaltungsamt

Schriftführer/in

Frau Angela Krause

Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen

Gäste

Herr Gunther Höhn

Herr Rüdiger Künnemann

KVB AG
Stadtentwässerungsbetriebe, AöR

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Horst Noack

auf Vorschlag der SPD

Ausschussvorsitzender Möring eröffnet die 37. Sitzung des Verkehrsausschusses in dieser Wahlperiode und begrüßt die Anwesenden. Zur Tagesordnung führt er aus, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

I. Öffentlicher Teil

- 1.2. Anfrage der Fraktion pro Köln vom 21. Oktober 2008 betreffend Mülltransporte durch Köln-Flittard
AN/2113/2008
- 1.3. Anfrage der FDP-Fraktion vom 24. Oktober 2008 betreffend Neue Ansätze bei der Straßenbeleuchtung
AN/1658/2008
Tischvorlage

Zu TOP

- 4.1. Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels

4623/2007

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 16. Oktober 2008
AN/2020/2008

liegen alternative Beschlussvorschläge als Anlage 9 vor

Zu TOP

- 5.7. Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn
hier: Ausbau und Neugestaltung des Breslauer Platzes
4190/2008

*liegt ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 27. Oktober 2008
AN/2171/2008 als **Tischvorlage***

sowie

*ein Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift über die Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses am 23.10.2008 als **Tischvorlage** vor*

- 5.8. Baubeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora mit Schaffung eines barrierefreien Zugangs mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2008 bei Finanzstelle 6903-1201-0-6005, Hst. Slabyst./Süd-Zoo/Flora-B.anhebung sowie Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2008/2009 der Stadt Köln bei gleicher Finanzstelle 4312/2008
- 6.5. Beantwortung einer Anfrage des SE Panneke in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.06.2008, TOP 8.10
hier: Umsteigebeziehung von der Haltestelle Vischeringstraße in Köln-Holweide in die KVB-Linie 157
4521/2008
- 6.6. Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.05.2008 betr. Verkehrsübungsplatz Köln aus der 34. Sitzung des Verkehrsausschusses vom 02.06.2008
4455/2008
- 6.7. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2008 AN/0461/2008
hier: Pünktlichkeit der KVB-Busse und -Bahnen
4653/2008
Tischvorlage
- 7.9. Außenanlagen und Stand der Bauausführung - Gehwegbelag im Umfeld des Neubaus Kulturzentrum am Neumarkt
4657/2008
verwiesen aus dem Unterausschuss Museumsneubauten
- 7.10. Änderungen zum Fahrplanwechsel Dezember 2008
4637/2008

II Nichtöffentlicher Teil

- 15.1. Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Berichtswesen 4. Quartal 2007 sowie 1. bis 3. Quartal 2008
4478/2008
- 15.2. Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe, Berichtswesen 4. Quartal 2007 sowie 1. bis 3. Quartal 2008
4486/2008
- 15.3. Vergabe von Ingenieuraufträgen vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik
4501/2008

Er schlage vor, die TOP 15.1 und 15. 2 im öffentlichen Teil zu behandeln.

BG Streitberger hat hiergegen keine Bedenken.

Darüber hinaus bittet BG Streitberger den TOP 4.1., Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels, bis zur nächsten Sitzung am 02.12.2008 zurückzustellen. Die Verwaltung sei guter Hoffnung, hier eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung zu finden. Es bedürfe jedoch noch einer Abstimmung mit der KVB AG.

RM Kron zeigt sich irritiert, dass die Bezirksvertretung Ehrenfeld aus der Beratungsfolge gestrichen wurde. Er bitte sie zuständigkeitshalber noch zu beteiligen, da die beschriebene Problematik bis zur Nußbaumer Straße reiche.

Der Ausschuss ist mit dem vorgeschlagenen Verfahren und den Zusetzungen einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

- 1.1. Anfrage der CDU-Fraktion vom 08. September 2008 betreffend Parkscheinautomaten - Nutzung der Kurzparktaste
AN/1764/2008
- 1.2. Anfrage der Fraktion pro Köln vom 21. Oktober 2008 betreffend Mülltransporte durch Köln-Flittard
AN/2113/2008
- 1.3. Anfrage der FDP-Fraktion vom 24. Oktober 2008 betreffend Neue Ansätze bei der Straßenbeleuchtung
AN/1658/2008

2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

--

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

--

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.1 Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels
4623/2007

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 16. Oktober 2008
AN/2020/2008

- 4.2 Umgestaltung der Bonner Straße zwischen Chlodwigplatz und Bonner Wall
3554/2008

- 4.3 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
Sanierung der Fahrbahndecke sowie Erneuerung des Mittelstreifens auf der Dü-
rener Straße zur Geräuschreduzierung
3772/2008

- 4.4 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 61 Parkscheinautomaten
3794/2008

- 4.5 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Verkehrsgutachten Sanierung der Kölner Rheinbrücken
3838/2008

- 4.6 Teilfinanzplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV:
Erneuerung der Treppenanlage der Haltestelle Severinstraße zur Tel-Aviv-Straße
4248/2008

- 4.7 Teilfinanzplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV:
Geländererhöhung und -instandsetzungsarbeiten auf der Severinsbrücke
4361/2008

- 4.8 Sachstand Internetservice "Pendlernetz.de"
4231/2008

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.1 Einrichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung zur Erhöhung der
Verkehrssicherheit auf der B55a
Umsetzung Stufe 2 (Amsterdamer Str. bis Gleisdreieck, Fahrtrichtung Ehrenfeld)
Umsetzung Stufe 3 (Gleisdreieck bis Autobahnkreuz Köln-Ost, Fahrtrichtung

Kalk)
2181/2008

- 5.2 Sanierung Finkenberg in Köln-Porz
Entwurf zur Umgestaltung des Nahbereichszentrums Finkenberg
3479/2008
- 5.3 Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR - Konzept zur Umsetzung des § 61 a
LWG NW
(Dichtheitsprüfungen privater Grundstücksleitungen)
4123/2008
- 5.4 199. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom
28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG
NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4376/2008
- 5.5 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Düste-
michstraße von Rennebergstraße bis Wendekreis in Köln-Sülz
4445/2008
- 5.6 Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV
Ertüchtigung der sieben Kölner Straßentunnel gemäß der Richtlinie für die
Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln (RABT 2006)
hier: Erweiterter Planungsbeschluss
3863/2008
- 5.7 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn
hier: Ausbau und Neugestaltung des Breslauer Platzes
4190/2008
- Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 27. Oktober 2008
AN/2171/2008
- 5.8 Baubeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora mit Schaffung
eines barrierefreien Zugangs mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszah-
lungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2008 bei Finanzstelle 6903-1201-
0-6005, Hst. Slabyst./Süd-Zoo/Flora-B.anhebung sowie Mitteilung über eine Er-
höhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer
7 der Haushaltssatzung 2008/2009 der Stadt Köln bei gleicher Finanzstelle
4312/2008

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Unfallhäufungsstellen mit hoher Beteiligung von Radfahrern im Kölner Stadtge-
biet
hier: Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom
19.08.2008, TOP 7.1
3704/2008

- 6.2 Hinweisbeschilderung für Radfahrer in Baustellenbereichen
hier: Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 02.06.2008, TOP 8.7
3795/2008
- 6.3 Beantwortung der Anfrage des RM Kirchmeyer aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 06.05.2008 - TOP 8.2 "Autofreie Siedlung" in Köln-Nippes
3885/2008
- 6.4 Querung der Rheinuferstraße für Fußgänger/innen
hier: Zusatzfragen zu der Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus der Sitzung vom 19.08.2008 TOP 1.1
3993/2008
- 6.5 Beantwortung einer Anfrage des SE Panneke in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.06.2008, TOP 8.10
hier: Umsteigebeziehung von der Haltestelle Vischeringstraße in Köln-Holweide in die KVB-Linie 157
4521/2008
- 6.6 Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.05.2008 betr. Verkehrsübungsplatz Köln aus der 34. Sitzung des Verkehrsausschusses vom 02.06.2008
4455/2008
- 6.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2008 AN/0461/2008
hier: Pünktlichkeit der KVB-Busse und -Bahnen
4653/2008

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Verlagerung des Betriebshofes an der Frankfurter Straße
Beschluss des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 18.08.2008
4142/2008
- 7.2 Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus dem Ausschuss Soziales und Senioren - Sitzung am 14.08.2008
Hier: Personelle Ausstattung der "Behindertenbeauftragten"
AN/1579/2008
3755/2008
- 7.3 Erschließung Airport City Cologne in Köln-Porz-Urbach
2322/2008
- 7.4 Regionale 2010: Neugestaltung des Ottoplatzes am Bahnhof Köln-Messe/Deutz
4043/2008

- 7.5 "Forschungsprojekt VeRSiert"
(Vernetzung von Nahverkehrsgesellschaften, Einsatzkräften, Veranstaltern und Fahrgästen für Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bei Großveranstaltungen)
4222/2008
- 7.6 Straßenumbau Maarweg zwischen Scheidtweilerstraße und Aachener Straße im Zusammenhang mit der Umnutzung ehemals Möbel Buch
hier: Nachfragen zu dem Beschluss des Verkehrsausschusses vom 19.08.2008, TOP 4.1
4134/2008
- 7.7 Nord-Süd Stadtbahn, 3. Baustufe / Organisation des Projektes
4391/2008
- 7.8 Faltblatt zum Radverkehrsnetz NRW für die Stadt Köln
4430/2008
- 7.9 Außenanlagen und Stand der Bauausführung - Gehwegbelag im Umfeld des Neubaus Kulturzentrum am Neumarkt
4657/2008
- 7.10 Änderungen zum Fahrplanwechsel Dezember 2008
4637/2008
- 7.11 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Berichtswesen 4. Quartal 2007 sowie 1. bis 3. Quartal 2008
4478/2008
- 7.12 Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe, Berichtswesen 4. Quartal 2007 sowie 1. bis 3. Quartal 2008
4486/2008

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Parken am Venloer Wall
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.2 Lärmschutzmaßnahmen an der A 1
Anfrage des SE Schlapka
- 8.3 Baumaßnahmen am Chlodwigplatz
Anfrage des RM Ciesla-Baier
- 8.4 Güterverkehr in Köln-Longerich
Anfrage des SE Weisenstein

- 8.5 Verlängerung der Stadtbahnlinie 5 in Ossendorf
Mündliche Mitteilung der KVB AG

- 8.6 Wettbewerb "Kinder sicher unterwegs in Städten"
Mündliche Mitteilung des Ausschussvorsitzenden Möring

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

--

10 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

--

11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

--

12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 12.1 Sanierung der Rheinbrücken infolge der Hauptprüfung nach DIN 1076- Personalbeistellung durch ein externes Ingenieurbüro zur Unterstützung der Projektleitung , RPA-Nr. 141/01/249/07
3636/2008

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 13.1 Prüfbericht Unterhaltungsmaßnahmen an der Brücke Aachener-Weiher seit 1998
3118/2008

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

--

15 Mitteilungen der Verwaltung

- 15.1 Vergabe von Ingenieuraufträgen vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik
4501/2008

16 Mündliche Anfragen

--

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

--

1 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

1.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08. September 2008 betreffend Parkscheinautomaten - Nutzung der Kurzparktaste AN/1764/2008

BG Streitberger weist darauf hin, dass noch dezernatsübergreifender Abstimmungsbedarf bestehe und eine Beantwortung von daher erst in der kommenden Sitzung am 02.12.2008 erfolgen könne.

RM Hock bittet, die Beantwortung auch dem Wirtschaftsausschuss zur Verfügung zu stellen.

1.2 Anfrage der Fraktion pro Köln vom 21. Oktober 2008 betreffend Mülltransporte durch Köln-Flittard AN/2113/2008

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

1.3 Anfrage der FDP-Fraktion vom 24. Oktober 2008 betreffend Neue Ansätze bei der Straßenbeleuchtung AN/1658/2008

Die Anfrage wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

--

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

--

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels 4623/2007

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 16. Oktober 2008

AN/2020/2008

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird bis zur Sitzung am 02.12.2008 zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.2 Umgestaltung der Bonner Straße zwischen Chlodwigplatz und Bonner Wall 3554/2008

Ausschussvorsitzender Möring verweist auf das abweichende Votum der Bezirksvertretung Innenstadt.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, weist darauf hin, dass die bisher geplante Buslinienführung mit einer Wendefahrt über den Kreisverkehr Chlodwigplatz die effektivere sei und eine Veränderung dieser Wendefahrt zusätzliche Betriebskosten i.H.v. ca. 30.000 € pro Jahr verursachen würde – ohne jedoch einen zusätzlichen Nutzen für die Fahrgäste zu erzielen.

RM Hock erinnert an die bisherigen Diskussionen zu dieser Thematik und die seiner Zeit getroffene Entscheidung zur Bushaltestelle im Bereich Bonner Straße/Einmündung Kurfürstenstraße. Die CDU-Fraktion sehe derzeit keinen Anlass, von dieser Entscheidung abzuweichen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich hier um eine interimistische Lösung handele.

RM Walter berichtet, dass die SPD-Fraktion Kontakt mit der BV Innenstadt aufgenommen habe und weist darauf hin, dass der Zusatz in der getroffenen Dringlichkeitsentscheidung missverständlich sei. Die Ein- und Ausstiegshaltestelle an der Bonner Straße vor dem REWE soll erhalten bleiben. Darüber hinaus soll jedoch eine zusätzliche Endhaltestelle am Karolingerring eingerichtet werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hingegen teilt RM Tull mit, dass eine Verlegung der Bushaltestelle auf den Karolingerring gewünscht werde, um das gesamte Straßenprofil nach Osten zu verschieben und somit eine Bürgersteigbreite – auf der westlichen Seite - von 3,50 m zu erzielen – statt der geplanten 2, 50 m. Aufgrund des Fußgängeraufkommens halte ihre Fraktion diese Forderung durchaus für nachvollziehbar und sinnvoll. Aus ihrer Sicht sei dies auch ein Entscheidungsrecht der Bezirksvertretung und nicht des hiesigen Ausschusses. Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Verzicht auf die Parkbuchten vor den Hausnummern 8-12 bzw. 14-18 lehne sie ab; stattdessen sollte ihres Erachtens die erste Parkbucht zu Gunsten einer Aufweitung des Einmündungsbereiches wegfallen.

BG Streitberger wendet ein, dass hier ein hoher Parkdruck bestehe und von daher die erste Parkbucht nur gekürzt werden sollte.

RM Kirchmeyer teilt seitens der FDP-Fraktion ihre Zustimmung zur Verwaltungsvorlage mit. Die Parkplatzsituation in der gesamten Südstadt sei sehr prekär und sie stehe daher dem Vorschlag des RM Tull sehr skeptisch entgegen.

SE Vietzke berichtet, dass mit der Umgestaltung der Bonner Straße incl. dem Bau der ersten beiden Parkbuchten bereits begonnen wurde und der Gehweg entgegen den Planunterlagen eine Breite von lediglich 2,00 m aufweise. Unter Berücksichtigung der Geschäftsauslagen und der sog. „Personenstopper“ betrage die Breite faktisch jedoch nur 1,50 m. Er plädiere daher nachdrücklich für den Verwaltungsvorschlag in der vorliegenden Anlage 6.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, legt auf Frage des RM Kron dar, dass die Umgestaltung im Sinne der Anwohner zügig durchgeführt werden sollte. Die Fragestellung, ob nunmehr alle geplanten Parkbuchten eingerichtet werden sollen, sei letztendlich in der Summe nicht entscheidend. Ein grundsätzliches Votum des hiesigen Ausschusses sei jedoch erforderlich; Detailfragen könne die Verwaltung mit der Bezirksvertretung klären.

Ausschussvorsitzender Möring greift diesen Vorschlag auf und schlägt vor, heute der Verwaltungsvorlage, dem Grundsatzbeschluss, zu folgen. Die Frage der Parkbuchten und eines zusätzlichen Haltepunktes auf dem Karolingerring hingegen könne unabhängig hiervon geprüft und mit der Bezirksvertretung geklärt werden.

RM Tull erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden, bittet jedoch, die Baumaßnahmen bis zur endgültigen Klärung ruhen zu lassen.

BG Streitberger stellt klar, dass eine gültige Beschlusslage zur Wiederherstellung des Chlodwigplatzes existiere und der Einmündungsbereich zur Bonner Straße somit realisiert werden könne. Er sagt jedoch zu, die offenen Fragen mit der Bezirksvertretung zu erörtern.

RM Tull erinnert an die Diskussionen zum Planungsbeschluss und die ausdrückliche Maßgabe, die Bonner Straße incl. des Einmündungsbereichs von der Beschlussfassung auszunehmen.

Die Diskussion abschließend lässt Ausschussvorsitzender Möring wie einvernehmlich vereinbart abstimmen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, den Ausbau der Bonner Straße im Bereich zwischen Chlodwigplatz und Bonner Wall auf der Grundlage der Entwurfsplanung durchzuführen.

mit dem Zusatz:

Die Verwaltung wird gebeten, die von der Bezirksvertretung Innenstadt gewünschte zusätzliche Haltestelle auf dem Karolingerring zu prüfen und der Bezirksvertretung zur Entscheidung vorzulegen. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, der Bezirksvertretung Innenstadt Varianten aufzuzeigen, inwieweit die ersten Parktaschen im Einmündungsbereich Chlodwigplatz/Bonner Straße zu Gunsten eines breiteren Gehweges wegfallen können.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.3 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens Sanierung der Fahrbahndecke sowie Erneuerung des Mittelstreifens auf der Dürener Straße zur Geräuschreduzierung 3772/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Sanierung der Dürener Straße zwischen Universitätsstraße und Lindenthalgürtel fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.4 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 61 Parkscheinautomaten
3794/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur Beschaffung von 61 Parkscheinautomaten fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

**4.5 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Verkehrsgutachten Sanierung der Kölner Rheinbrücken
3838/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur Erstellung eines Verkehrsgutachtens zur Sanierung der Kölner Rheinbrücken fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.6 Teilfinanzplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV:
Erneuerung der Treppenanlage der Haltestelle Severinstraße zur Tel-Aviv-
Straße
4248/2008**

RM Tull bittet, die Beschlussfassung bis zur kommenden Sitzung zu vertagen. Die Situation der Erreichbarkeit über die Brücke, den Tunnel und die Treppe zur Haltestelle Severinstraße sei sehr unbefriedigend; ihre Fraktion möchte daher zunächst über etwaige Alternativen beraten.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, weist darauf hin, dass der Zugang zur Brücke bereits provisorisch „notunterstützt“ wurde und er in der Tat sehr marode sei. Er bitte daher die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nachdrücklich, zu einem zügigen Ergebnis zu kommen.

SE Vietzke weist darauf hin, dass die Stahlträger der Brücke augenscheinlich sehr stabil seien und die Brücke von daher nicht einsturzgefährdet sei. Aus seiner Sicht sollte überlegt werden, ob alternativ ein ebenerdiger Zugang geschaffen werden könne.

BG Streitberger äußert Verständnis für diese Überlegungen und sagt zu, bis zur nächsten Sitzung zu prüfen, ob realisierbare Alternativen in Betracht gezogen werden können und wie diese seitens der Verwaltung bewertet werden.

Ausschussvorsitzender Möring bittet, das Ergebnis allen Fraktionen zukommen zu lassen.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird bis zur Sitzung am 02.12.2008 zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.7 Teilfinanzplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV:
Geländererhöhung und -instandsetzungsarbeiten auf der Severinsbrücke
4361/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Geländererhöhung und den –instandsetzungsarbeiten auf der Severinsbrücke bei Gesamtkosten in Höhe von 439.486,04 EURO zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Mittel stehen im städtischen Doppelhaushalt 2008/2009 im Teilergebnisplan 1201 – Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.8 Sachstand Internetservice "Pendlernetz.de"
4231/2008**

RM Tull zeigt sich sehr befremdet über diese Vorlage, auch angesichts der Tatsache, dass der Vertrag nach einer sehr langen Prozedere erst vor einem Jahr abgeschlossen wurde. Die Begründung sei aus ihrer Sicht unzureichend. Nach ihren Beobachtungen werde der Internetservice rege genutzt und das alternative Portal existiere darüber hinaus auch noch nicht.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führt aus, dass die nicht gegebene Barrierefreiheit der Internetseite beim Landesverkehrsministerium die Überlegung ausgelöst habe, wie die Fortentwicklung dieses Portals sichergestellt werden könne. Der VRR wurde daraufhin federführend für das Land beauftragt, eine Neuorientierung vorzunehmen. Die Verwaltung empfehle daher die Kündigung, es bleibe jedoch dem Ausschuss vorbehalten, diese auch abzulehnen.

RM Tull wendet ein, dass sie eine Entscheidung für lediglich eine der beiden Alternativen zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachvollziehen könne. Ihr Vorschlag wäre, die Mitgliedschaft im Pendlernetz auch weiterhin beizubehalten und erst zu gegebener Zeit, d.h. bei Eröffnung des neuen Portals, ggf. zu kündigen.

Beschluss:

Die Verwaltung beendet im Rahmen des Sonderkündigungsrechtes das Vertragsverhältnis mit dem Hersteller der Software „Pendlernetz.de“ und geht im Gegenzug eine Kooperations-

vereinbarung zur Neuorientierung des Netzwerkes Pendlernetz NRW unter Federführung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr ein.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Einrichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der B55a Umsetzung Stufe 2 (Amsterdamer Str. bis Gleisdreieck, Fahrtrichtung Ehrenfeld) Umsetzung Stufe 3 (Gleisdreieck bis Autobahnkreuz Köln-Ost, Fahrtrichtung Kalk) 2181/2008

Für die CDU-Fraktion führt RM Hock aus, dass die vorliegenden Zahlen eindeutig für die 1. Stufe sprechen. Aufgrund dessen werde sie auch die Stufe 2 mittragen. Stadtauswärts hingegen seien die schwerwiegenden Unfälle mit Personenschaden bereits ohne Eingriff in den Straßenverkehr signifikant um 31 % zurückgegangen. Ein Eingriff im Sinne der Stufe 3 sei aus Sicht seiner Fraktion daher nicht angemessen. Auch das heute verteilte Schreiben des Polizeidirektors Simon trage leider nicht zur Klarstellung bei. Eine Differenzierung zwischen stadteinwärts und stadtauswärts werde dort nicht vorgenommen. Ein interessanter Aspekt sei, dass die Stadt Köln zuständig sei. Die Verwaltungsrichtlinie zur Anordnung von kaskadenförmig angelegten Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen sehe diese bei Unfallhäufungsstellen oder gefährdete Bereiche wie Schulen, Kindergärten, Seniorenheime etc. vor. Die in Rede stehende Strecke falle jedoch nicht unter diese Bereiche und er frage sich, ob die Stadt in der Tat sachlich zuständig sei. Die CDU-Fraktion lehne daher die Umsetzung der Stufe 3 ab und beantrage eine Abstimmung getrennt nach den Stufen 2 und 3.

RM Kron verweist seitens der SPD-Fraktion auf die rückgängigen Unfallzahlen, die beeinträchtigend seien; die Umsetzung der Stufen 2 und 3 sei eine sinnvolle Maßnahme zur Gesetzesüberwachung und logische Konsequenz hieraus.

Auch RM Tull spricht sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Verwaltungsvorlage aus. Die Unfälle der vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass hier Handlungsbedarf bestehe. Die Argumentation der CDU-Fraktion könne sie nicht nachvollziehen. Bei der Überwachung stadtauswärts hoffe sie auf einen weiteren Rückgang der Unfallzahlen.

RM Kirchmeyer führt für die FDP-Fraktion aus, dass die im Schreiben der Polizei aufgeführten Zahlen nicht nachvollziehbar und schlüssig seien. Sie vermisse detaillierte Angaben beispielsweise über die Art der Unfälle und verweise hier auch auf die Diskussionen zur Umsetzung der 1. Stufe im Dezember 2006. Im Bericht über das Unfallgeschehen 2007 (*vgl. hierzu Sitzung des Verkehrsausschusses am 19.08.2008*) nehme die Zoobrücke, Auffahrt Pfälzischer Ring bis linksrheinisches Ufer, „lediglich“ Platz 86 ein. Die Streckenabschnitte, die heute zum Beschluss anstehen, seien nicht enthalten. Aus Sicht der FDP-Fraktion erscheinen an anderen Stellen, beispielsweise vor Schulen und Kindergärten, Geschwindigkeitsüberwachungen wesentlich angebrachter; die Verwaltungsvorlage hingegen lehne ihre Fraktion ab.

Herr Mayer, Vertreter des Amtes für öffentliche Ordnung, legt dar, dass die Verwaltungsvorlage die logische Konsequenz des in 2006 gefassten Beschlusses sei und die seinerzeitige Aufteilung in drei Stufen auf Wunsch des hiesigen Ausschusses erfolgte. Die Verwaltung sei stolz auf das nun erreichte Ergebnis der Stufe 1, das dem hiesigen Ausschuss in Form ei-

nes Erfahrungsberichtes Anfang dieses Jahres vorgelegt wurde. Aufgabe des Amtes für öffentliche Ordnung sei es, Gefahren abzuwehren und Schäden für Menschen präventiv abzuwenden. Dies sei durch die Umsetzung der Stufe 1 nachweislich gelungen. Die Stadt sei Kreisordnungsbehörde und lt. Ordnungsbehördengesetz somit befugt, an Gefahrenstellen Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen. Der von RM Hock zitierte Runderlass lege dies deutlich fest, allerdings nur beispielhaft und nicht abschließend. Im Zuge der Stufe 1 seien die Unfallzahlen stadtauswärts erfreulicher Weise durch den „Placebo-Effekt“ zurückgegangen.

Die Geschwindigkeitsüberschreitungen in den nicht überwachten Bereichen seien jedoch exorbitant hoch. Es seien Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 150 km/h registriert wurden. Durch die Umsetzung der Stufe 3 sollen diese Überschreitungen gesenkt und noch niedrigere Unfallzahlen erreicht werden. Durch die Umsetzung der Stufe 1 konnte immerhin eine Senkung der Geschwindigkeitsüberschreitung um 99 % erzielt werden. Er bitte besonderes Augenmerk auf die in der Vorlage aufgeführten Zahlen zu richten und appelliere nachdrücklich an den Ausschuss, der Vorlage zuzustimmen.

Ausschussvorsitzender Möring stellt richtig, dass eine Umsetzung in drei Stufen nicht seitens des hiesigen Ausschusses initiiert wurde sondern vielmehr verwaltungsseitig präsentiert wurde. Die CDU-Fraktion sehe – auch ohne Vergleichszahlen – einen Sinn in der Verlängerung, d.h. stadteinwärts. Unterscheiden müsse man jedoch zwischen der Überprüfung bzw. Kontrolle der Geschwindigkeitsüberschreitungen und dem Unfallgeschehen. Es stelle sich ihm die Frage der Angemessenheit der Maßnahme am konkreten Ort und in der konkreten Ausgestaltung. Fakt sei, dass auch auf der südlichen Fahrbahnseite, Zoobrücke stadtauswärts, der gewünschte Effekt, Senkung der Unfallzahlen, eingetreten sei. Es könne durchaus sein, dass dieser Effekt sich mit der Zeit abnutze; insofern müssen die Unfallzahlen kontinuierlich beobachtet werden. Handlungsbedarf sehe die CDU-Fraktion jedoch derzeit nicht und werde die Umsetzung der Stufe 3 daher ablehnen. Abschließend wirft Ausschussvorsitzender Möring die Frage auf, ob die Umsetzung der Stufe 3 wirklich zulässig sei und einer richterlichen Überprüfung standhalten würde.

RM Kirchmeyer verweist auf Presseberichte, wonach nicht auf allen Fahrspuren des Abschnittes in Stufe 1 gemessen werden könne und bittet um Erläuterung durch die Verwaltung. Von Interesse sei auch, ob es bereits zu Auffahrunfällen aufgrund der aufgestellten Radarkameras gekommen sei.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des Ausschussvorsitzenden Möring führt Herr Mayer aus, dass mit der Umsetzung der Stufe 3 eine Senkung der Geschwindigkeitsüberschreitungen erreicht werden soll. 30 % aller Unfälle resultieren lt. Polizeiberichten aus überhöhten Geschwindigkeiten und insofern erhoffe sich die Verwaltung hiervon eine Senkung der Unfallzahlen um ein weiteres Drittel. Zur Frage der Zulässigkeit der Maßnahme weist er darauf hin, dass die Vorlage verwaltungsintern und darüber hinaus auch mit der Polizei abgestimmt sei und alle am Verfahren Beteiligten, hierunter auch Fachleute und Juristen, die Auffassung vertreten, dass die Maßnahme justiziabel sei.

Den Einwand des RM Kirchmeyer könne er bestätigen. Die baulichen Gegebenheiten ließen eine Messung über alle drei Fahrspuren nicht zu. Ein Standort liege in einer Kurve; ein weiterer Standort befinde sich im Bereich einer Einfädelungsspur. Ein beweissicheres Verfahren könne nur aufgrund verwertbarer Fotos eingeleitet werden. Ob die Geschwindigkeitsüberwachungen zu Auffahrunfällen führen, könne er nicht einschätzen.

SE Schiele erinnert an seinen Änderungsantrag im Dezember 2006, in dem er alternative technische Lösungen vorgeschlagen habe. Er bedauere, dass die Verwaltung diesem Antrag nicht nachgegangen sei.

Abschließend stellt Ausschussvorsitzender Möring die Verwaltungsvorlage – wie zu Beginn der Diskussionen beantragt – zur Abstimmung.

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat nimmt den Erfahrungsbericht zur Stufe 1 zur Kenntnis. Die angestrebte dauerhafte Reduzierung des Geschwindigkeitsniveaus konnte durch die kaskadierte Geschwindigkeitsüberwachung in vollem Umfang realisiert werden.
2. Der Rat beschließt auf dieser Grundlage zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der B55a (Innere Kanalstraße) im Streckenabschnitt Amsterdamer Str. bis Gleisdreieck, Fahrtrichtung Ehrenfeld (**Stufe 2**) die Einrichtung einer kaskadenförmig angeordneten stationären Geschwindigkeitsüberwachung, mit dem Ziel, unfallauffällige Bereiche und Geschwindigkeitsübertretungen nachhaltig zu reduzieren.
3. Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 220.000 EUR zur Finanzierung der Investitionskosten. Die Mittel stehen im Teilfinanzplan 0203 – Verkehrs- und Kfz-Wesen, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen im Doppelhaushalt 2008 / 2009 für das Haushaltsjahr 2009 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

4. Der Rat beschließt auf dieser Grundlage zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der B55a (Innere Kanalstr. sowie Zoobrücke) im Streckenabschnitt Gleisdreieck bis Autobahnkreuz Köln-Ost, Fahrtrichtung Kalk (**Stufe 3**) die Einrichtung einer kaskadenförmig angeordneten stationären Geschwindigkeitsüberwachung, mit dem Ziel, unfallauffällige Bereiche und Geschwindigkeitsübertretungen nachhaltig zu reduzieren.
5. Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 220.000 EUR zur Finanzierung der Investitionskosten. Die Mittel stehen im Teilfinanzplan 0203 – Verkehrs- und Kfz-Wesen, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen im Doppelhaushalt 2008 / 2009 für das Haushaltsjahr 2009 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion

**5.2 Sanierung Finkenberg in Köln-Porz
Entwurf zur Umgestaltung des Nahbereichszentrums Finkenberg
3479/2008**

Auf Frage des SE Ladenberger teilt BG Streitberger mit, dass die taktilen Leitstreifen für Blinde und Sehbehinderte üblicher Weise mit einem starken hell-dunkel-Kontrast hinterlegt seien. Die Detailplanung sei hier noch nicht erfolgt; unter Wahrung der Gesamtgestaltung des Areals könne er jedoch eine zufriedenstellende Lösung zusichern.

RM Hock meldet seitens der CDU-Fraktion Beratungsbedarf an. Um die Vorlage jedoch nicht aufzuhalten, schlage er vor, diese ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

RM Kron merkt an, dass die SPD-Fraktion die Vorlage unterstütze; gleichwohl werde er den Vorschlag seines Vorredners nicht ablehnen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.3 Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR - Konzept zur Umsetzung des § 61 a
 LWG NW
 (Dichtheitsprüfungen privater Grundstücksleitungen)
 4123/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Konzept der Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR (StEB) „Dichtheitsprüfungen privater Grundstücksentwässerungsleitungen“ zur Umsetzung des § 61a Landeswassergesetz NW (LWG NW) zur Kenntnis und beschließt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung

- die Satzung zur Festlegung der Anforderungen an die Sachkunde bei der Durchführung der
Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a Abs. 3 bis 5 LWG NW
- Sachkundesatzung -
- die Satzung zur Festlegung abweichender Zeiträume für die Durchführung der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a Abs. 3 bis 5 LWG NW für die Grundstücke im Stadtbezirk 2 (Hahnwald, Immendorf, Marienburg, Raderthal, Rodenkirchen, Rondorf, Sürth, Weiß und Zollstock), Stadtbezirk 6 (Roggendorf/Thenhoven), Stadtbezirk 7 (Westhofen) und Stadtbezirk 9 (Dünnwald, Flittard und Höhenhaus)
- Fristensatzung 1 - .

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.4 199. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln
 vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz
 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
 4376/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 199. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.5 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage
Düstemichstraße von Rennebergstraße bis Wendekreis in Köln-Sülz
4445/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Düstemichstraße von Rennebergstraße bis Wendekreis in Köln-Sülz in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.6 Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV
Ertüchtigung der sieben Kölner Straßentunnel gemäß der Richtlinie für die
Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln (RABT 2006)
hier: Erweiterter Planungsbeschluss
3863/2008**

RM Hock weist darauf hin, dass der Tunnel Opladener Straße relativ neu sei, jedoch mit 5,7 Mio. € zu Buche schlage. Er bitte um Aufschlüsselung der Kosten.

RM Kron bittet um nähere Informationen zu den unterschiedlichen Fördersätzen.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, teilt mit, dass der Tunnel Opladener Straße in den 1990er Jahren errichtet wurde und die Richtlinie für die Anlage und Betrieb von Straßentunneln (RABT) bereits zweimal geändert wurde. Eine weitere Novellierung sei in Arbeit. Die Kosten für den Tunnel Opladener Straße beinhalten beispielsweise eine Beschichtung mit anschließendem Neuanstrich, eine Brandschutzbekleidung sowie Ertüchtigungen nach RABT, d.h. Leiteinrichtungen, Verkehrszeichen, Fernmelde- und Beleuchtungsanlagen, Tunnelbelüftung, elektrotechnische und Brandschutzanlagen sowie Aufrüstung des Betriebsgebäudes etc.

Zur Frage des RM Kron führt er aus, dass die Gesamtkosten 11,5 Mio. Sanierungskosten enthalten. Diese Unterhaltungskosten seien nicht zuwendungsfähig, der Restbetrag jedoch mit 70 %.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung zur Ertüchtigung der sieben Kölner Straßentunnel gemäß der RABT 2006 und der Vorbereitung der Ausschreibung. Die Realisierung der Planung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes - Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV - Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.7 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn
hier: Ausbau und Neugestaltung des Breslauer Platzes
4190/2008
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 27. Oktober 2008
AN/2171/2008**

RM Kirchmeyer nimmt Stellung zum vorliegenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion.

RM Hock führt aus, dass die CDU-Fraktion diesen Antrag für sinnvoll halte, da er die Ästhetik des Platzes verbessere. Der Verwaltungsvorlage werde im Übrigen zugestimmt. Er bitte jedoch noch um Mitteilung, inwieweit die vorliegenden Planungen ein etwaiges DFB-Museum berücksichtigen.

BG Streitberger weist darauf hin, dass ein mögliches Museum in dem Gebiet Johannisstraße, Rheinuferstraße, Bahnanlagen und Goldgasse errichtet werden würde und die bisherigen Planungen und Entwicklungen mit diesem vereinbar seien.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legt RM Tull dar, dass die Radstation in den Sommermonaten immerhin zu 80 bis 90 % ausgelastet sei. Aus ihrer Sicht liege sie jedoch zu weit entfernt und koste den Benutzern zu viel Wegezeit zu den Gleisen. Aus diesen Gründen müsse das Abstellen von Fahrrädern auf dem Breslauer Platz geordnet und überlegt werden, ob die bisherigen Planungen zur Errichtung der Haarnadeln sinnvoll seien oder ob diese an einzelnen Stellen konzentriert werden sollten. Ihre Fraktion schließe sich der Beschlussfassung des Stadtentwicklungsausschusses an.

SE Weisenstein weist darauf hin, dass die Kapazitätsauslastung der Radstation aus seiner Sicht schwer einschätzbar sei. Fakt sei, dass sie sich derzeit in einem sehr unattraktiven Zustand befinde. Nach der Fertigstellung des Breslauer Platzes werde die Auslastung zwar sicherlich höher als heute sein; die sogenannten Kurzzeitparker könnten jedoch auch künftig nicht dazu motiviert werden, diese Station zu nutzen. Von daher sei es durchaus erforderlich, oberirdisch ausreichend „einfache“ Fahrradabstellmöglichkeiten anzubieten.

Hinsichtlich des neu entstehenden Taxistandes bitte er um Auskunft, ob für Sehbehinderte und Blinde taktile Leitstreifen zu diesem angelegt werden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führt - auch auf Frage des SE Ladenberger - aus, dass die KVB nunmehr zügig mit der Abdichtung des U-Bahn-Bauwerkes und der Herstellung der Straße beginnen möchte. Die Gestaltung des Platzes selber werde erst im Anschluss erfolgen und insofern sei die Anlage eines Leitstreifens zum Taxistand noch möglich. Erste grundsätzliche Abstimmungsgespräche – jedoch noch keine abschließenden - habe es bereits gegeben.

RM Kirchmeyer weist nachdrücklich darauf hin, dass sie ihre Intention mit dem Fahrradbeauftragten der Stadt Köln besprochen habe. Auch Autofahrern werde vieler Orts ein gewisser Fußweg vom Parkhaus zum angestrebten Ziel zugemutet; insofern könne sie der Argumentation des RM Tull nicht folgen.

Weiterhin verweist sie auf die auch im Stadtentwicklungsausschuss angesprochenen starken Fußgängerströme auf dem westlichen Gehweg der Johannisstraße und bittet um Einschätzung durch die Verwaltung.

RM Kron teilt für die SPD-Fraktion mit, dass auch diese sich der Beschlussfassung des Stadtentwicklungsausschusses anschließen werde. Ihm stelle sich jedoch noch die Frage, wie hinsichtlich des FDP-Antrages weiter verfahren sollte.

Ausschussvorsitzender Möring legt dar, dass die Anlage und Anzahl der Haarnadeln zum Einen von der Nachfrage der Radstation und zum Anderen vom Bedarf am „freien“ Parken im Platzbereich abhängig sei. Er schlage vor, hier sukzessive vorzugehen, d.h. erst die nächstgelegenen Haarnadeln zu errichten und anschließend je nach Bedarf weitere zu installieren.

RM Tull hingegen weist darauf hin, dass der Bedarf durchaus bekannt sei und sich dieser – lt. Fahrradbeauftragtem – auf ca. 400 für die Platzfläche belaufe. Wo die Haarnadeln konkret aufgestellt werden, sollte die Verwaltung ihres Erachtens mit dem Fahrradbeauftragten nach „Sinnhaftigkeit“ entscheiden.

Herr Harzendorf bestätigt den geschätzten Bedarf. Die Verwaltung beabsichtige dementsprechend, 180 Haarnadeln für 360 Fahrräder zu errichten und gehe davon aus, dass darüber hinaus auch die Fahrradstation verstärkt angenommen werde. Die vorliegenden Planungen entsprächen dem vorhandenen Bedarf und seien mit den Architekten abgestimmt.

Auf die Frage des RM Kirchmeyer zunächst eingehend teilt BG Streitberger mit, dass der Kreisverkehr um ca. 1 m nach Osten verschoben werden könne, so dass auch die Fußgängerbeziehungen im Einmündungsbereich der Johannisstraße optimiert werden können. Darüber hinaus bekräftigt er seine im Stadtentwicklungsausschuss vorgetragenen Argumente gegen die Einrichtung von Taxiein- und –ausstiegsplätzen unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude.

Ausschussvorsitzender Möring merkt an, dass die Abgrenzung des Platzes durch Haarnadeln bzw. in der Praxis durch abgestellte Fahrräder nicht sonderlich ästhetisch wirken werde. Aus seiner Sicht sei es daher erforderlich, - unter Beibehaltung der notwendigen Anzahl an Haarnadeln - nochmals alternative Lösung zu prüfen, beispielsweise die Errichtung von Haarnadeln in Form von mehreren „Inseln“ oder auch in Reihen angeordnet. Hilfreich wären hier zur Veranschaulichung entsprechend kleinräumige Planunterlagen.

BG Streitberger weist darauf hin, dass Begrenzungselemente zwingend erforderlich seien; das Aufstellen von Poller und Haarnadeln belaste jedoch aus seiner Sicht die Platzfläche in Gänze wesentlich höher. Gleichwohl könne er die Diskussionswürdigkeit dieser Thematik bestätigen und zugestehen, dass eine abschließende Entscheidung in dieser Sache auch zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden könne. Er biete dem Ausschuss daher an, Zeichnungen von alternativen Gestaltungsmöglichkeiten in kleinerem Maßstab anzufertigen, um eine realitätsnahe Vorstellung der Platzgestaltung zu ermöglichen.

RM Kirchmeyer begrüßt diesen Vorschlag und stellt ihren Antrag bis dahin zurück.

Ausschussvorsitzender Möring fasst zusammen, dass Einvernehmen besteht, in der heutigen Sitzung lediglich den Grundsatzbeschluss – entsprechend der Beschlussfassung des Stadtentwicklungsausschusses – zu treffen. Die Anlage von taktilen Leitstreifen zu den Taxiständen und zudem alternative Gestaltungsmöglichkeiten zur Errichtung der erforderlichen Haarnadeln werde von der Verwaltung nochmals geprüft und zu gegebener Zeit vorgestellt.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat entsprechend dem Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Ausführungs- und Gestaltungsplanung des Breslauer Platzes zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung,

1. die notwendigen Abstimmungen mit der KVB fortzuführen, mit dem Ziel, den Ausbau der Verkehrsflächen (Maximinenstraße, nördliche Nebenanlagen und Kreisverkehr Johannisstraße/Goldgasse) im Rahmen der Maßnahme Nord-Süd Stadtbahn ab November 2008 - 2010 durchzuführen. Die Materialien aus dem Gestaltungskonzept sollen dabei verwendet werden.
2. zu prüfen, ob auf eine Signalisierung an den Fußgängerüberwegen Domstraße und Altenberger Straße verzichtet werden kann. Voraussetzung ist eine Zustimmung der Behindertenverbände.
3. die Umsetzung einer Wasserdüsen-/Brunnenanlage auf der zentralen Platzfläche weiter zu verfolgen und die Planungen den Gremien des Rates vorzulegen.
4. die Umgestaltung der Platzflächen nach Abschluss der Stadtbahnmaßnahme durchzuführen.
5. die erforderlichen Vereinbarungen mit der Bahn AG abzuschließen, mit dem Ziel, die DB-Kurzzeitparkplätze auf dem Gelände unter den Gleisanlagen und Teilen des ehemaligen Ämtergebäudes **oder an einem anderen mit der DB abgestimmten Platz** auszubauen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.8 Baubeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora mit Schaffung eines barrierefreien Zugangs mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2008 bei Finanzstelle 6903-1201-0-6005, Hst. Slabyst./Süd-Zoo/Flora-B.anhebung sowie Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemH-VO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2008/2009 der Stadt Köln bei gleicher Finanzstelle 4312/2008

RM Kirchmeyer teilt mit, dass die FDP-Fraktion diese Vorlage konsequenter Weise ablehnen werde, da sie seiner Zeit auch den Planungsbeschluss nicht mitgetragen habe.

RM Tull merkt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, dass das Dach aus ihrer Sicht über die gesamte Bahnsteiglänge gezogen werden sollte. Sie bitte daher um Mitteilung, ob diesbezüglich eine Abstimmung mit dem Gestaltungsbeirat erfolgt sei.

BG Streitberger bestätigt dies und weist darauf hin, dass dieser von den Planungen sehr angetan war; gleichwohl habe auch der Gestaltungsbeirat die Verlängerung des Daches angeregt.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, fügt ergänzend hinzu, dass aufgrund der Diskussionen im Gestaltungsbeirat bereits eine Verlängerung auf ca. 35 m vorgenommen wurde. Die Bahnsteiglänge betrage insgesamt 50 m. Von einer kompletten Überdachung des Bahnsteiges musste aufgrund der Kosten, die ca. 440.000 € betragen und nicht zuschussfähig seien, abgesehen werden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung zunächst in die Bezirksvertretung Nippes.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Unfallhäufungsstellen mit hoher Beteiligung von Radfahrern im Kölner Stadtgebiet hier: Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 19.08.2008, TOP 7.1 3704/2008

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Tull bedankt sich für die aufschlussreiche Stellungnahme, aus der ihres Erachtens eindeutig hervorgehe, dass die meisten schweren Unfälle unter Beteiligung von Fahrradfahrern durch Abbiegefehler verursacht werden.

6.2 Hinweisbeschilderung für Radfahrer in Baustellenbereichen hier: Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 02.06.2008, TOP 8.7 3795/2008

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, fügt ergänzend hinzu, dass das vorhandene Personal, das die Einhaltung der angeordneten Maßnahmen überwachen soll, nur in begrenztem Umfang zur Verfügung stünde.

6.3 Beantwortung der Anfrage des RM Kirchmeyer aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 06.05.2008 - TOP 8.2 "Autofreie Siedlung" in Köln-Nippes 3885/2008

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

RM Kirchmeyer nimmt Bezug auf ihre Ablehnung der Vorlage unter TOP 4.4 „Beschaffung von 61 Parkscheinautomaten“, die überwiegend im Bereich Köln-Nippes angesiedelt werden sollen. In der nun vorliegenden Mitteilung führe die Verwaltung aus, dass Bewohnerparkregelungen auf die Bereiche Wartburgstraße und Eisenachstraße ausgedehnt werden sollen. Vor dem Hintergrund, dass nur 20 % der dortigen Anwohner über ein Kfz verfügen, stelle sich ihr die Frage nach der Notwendigkeit. Zudem verstehe sie die vorliegenden Ausführungen so, dass der Verzicht auf einen Pkw notariell beurkundet werden müsse.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, stellt klar, dass es sich lediglich um eine freiwillige Selbstbindung handele und eine Beurkundung nicht erforderlich sei. Unabhängig von der autofreien Siedlung herrsche in Köln-Nippes ein sehr hoher Park-

druck, insofern seien die Bewohnerparkregelungen durchaus erforderlich. Diese finden auch die Zustimmung der Bezirksvertretung Nippes.

**6.4 Querung der Rheinuferstraße für Fußgänger/innen
hier: Zusatzfragen zu der Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus
der Sitzung vom 19.08.2008 TOP 1.1
3993/2008**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.5 Beantwortung einer Anfrage des SE Panneke in der Sitzung des Ver-
kehrsausschusses am 02.06.2008, TOP 8.10
hier: Umsteigebeziehung von der Haltestelle Vischeringstraße in Köln-
Holweide in die KVB-Linie 157
4521/2008**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

SE Pannecke teilt mit, dass die Stellungnahme nicht zufriedenstelle. Die Argumentation, dass Busbuchten nur an Bundes- oder Hauptverkehrsstraßen angelegt werden, stehe im Widerspruch zur Strecke Holweide – Ostheim. Darüber hinaus stehe der Bus i.d.R. länger als die aufgeführten 20 Sekunden, da er immer auf die Fahrgäste der drei ankommenden Straßenbahnlinien warte. Er bitte die Verwaltung nun mit Nachdruck, den Knotenpunkt Bergisch Gladbacher Straße/Johann-Bensberg-Straße nochmals auf die Verkehrseinwirkungen hin zu untersuchen und ggf. zu entzerren.

**6.6 Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.05.2008 betr. Verkehrsübungsplatz Köln
aus der 34. Sitzung des Verkehrsausschusses vom 02.06.2008
4455/2008**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2008 AN/0461/2008
hier: Pünktlichkeit der KVB-Busse und -Bahnen
4653/2008**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

**7.1 Verlagerung des Betriebshofes an der Frankfurter Straße
Beschluss des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 18.08.2008
4142/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.2 Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen aus dem Ausschuss Soziales und Senioren - Sitzung am
14.08.2008
Hier: Personelle Ausstattung der "Behindertenbeauftragten"
AN/1579/2008
3755/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Ausschussvorsitzender Möring wirft die Frage auf, ob die Verwaltung, d.h. das Sozialdezernat, aus der derzeitigen personellen Ausstattung Konsequenzen ziehe.

SE Ladenberger führt aus, dass der Stellenplan für das kommende Jahr nicht verändert und der derzeitige Stand aufrechterhalten werde. Erst in 2010 werde es Veränderungen geben.

**7.3 Erschließung Airport City Cologne in Köln-Porz-Urbach
2322/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.4 Regionale 2010: Neugestaltung des Ottoplatzes am Bahnhof Köln-
Messe/Deutz
4043/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Ciesla-Baier meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf an und bittet, die Mitteilung bis zur nächsten Sitzung am 02.12.2008 zurückzustellen.

Ausschussvorsitzender Möring schließt sich diesem Vorschlag an. Auch er sei mit der vorliegenden Mitteilung überaus unzufrieden. Der Bahnhof Deutz werde zukünftig eine durchaus zentrale Rolle mit ICE-Anbindungen spielen. Es werde jedoch lediglich acht Kiss+Ride-Plätze, 13 Taxiplätze und eine sehr große Platzfläche mit wild abgestellten Fahrrädern geben. Er sei der Auffassung, dass in der Relation der verschiedenen Nutzungsformen nicht die optimale Lösung gefunden wurde. Ein Bahnhof von dieser Bedeutung werde mit den derzeitigen Planungen nicht ausreichend erschlossen. Die Gestaltung der Platzfläche überzeuge ihn nicht.

SE Ladenberger berichtet, dass die Behindertenparkplätze kürzlich weggefallen seien und bittet um Mitteilung, ob hierfür Ersatz geschaffen werde.

BG Streitberger weist darauf hin, dass die Verwaltung einen Auftrag habe und dementsprechend weiter arbeite, um 2010 einen neugestalteten Ottoplatz zu haben. Die Fläche dürfe nicht ausschließlich unter funktionalen Gesichtspunkten der Verkehrsabwicklung gesehen werden. Er pflichtet Ausschussvorsitzendem Möring bei, dass es keine optimale Lösung sondern vielmehr nur Kompromisse gebe. Er vertrete jedoch auch weiterhin die Auffassung, dass der Individualverkehr nicht mit dem Taxiverkehr vermischt werden dürfe; dies schaffe nur neue Probleme wie die derzeitige unbefriedigende Situation zeige. Das Angebot an Fahrradabstellplätzen sei gut; ggf. könne es bei Bedarf ausgeweitet werden. Behindertenparkplätze werden selbstverständlich wieder - im Bereich der Kiss+Ride-Plätze - eingerichtet. BG Streitberger betont nachdrücklich, dass auch vor dem Hintergrund der künftigen angrenzenden Bebauung dieser großzügige Stadtraum gebraucht werde; insbesondere das ca. 60 m hohe LANXESS-Gebäude benötige einen repräsentativen, freien Vorbereich.

Ausschussvorsitzender Möring erinnert abschließend an den durchgeführten Ortstermin und seinen Vorschlag, den Platz nicht in der Gesamtfläche freizuhalten, sondern stattdessen beide Seiten für funktionale Flächen zu verwenden und ihn trapezförmig auf die Freitreppe zulaufen zu lassen.

**7.5 "Forschungsprojekt VeRSiert"
(Vernetzung von Nahverkehrsgesellschaften, Einsatzkräften, Veranstaltern
und Fahrgästen für Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
bei Großveranstaltungen)
4222/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt auf Nachfrage des RM Dr. Müller mit, dass das Stellenbesetzungsverfahren mit großem Nachdruck betrieben wurde und kurz vor dem Abschluss stehe.

**7.6 Straßenumbau Maarweg zwischen Scheidtweilerstraße und Aachener Straße
im Zusammenhang mit der Umnutzung ehemals Möbel Buch
hier: Nachfragen zu dem Beschluss des Verkehrsausschusses vom
19.08.2008, TOP 4.1
4134/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Dr. Müller verweist auf die bereits geführten Diskussionen und merkt an, dass als Kompromisslösung eine „Schleuse“ angeboten werden könnte. Es sollte dem Radfahrer überlassen werden, je nach Verkehrsverhältnissen entweder auf der Geradeausspur zu fahren oder auf dem Radweg zu bleiben. Auf den Schutzstreifen könnte dann verzichtet werden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, merkt an, dass diese Lösung technisch durchaus möglich sei.

BG Streitberger gibt jedoch zu Bedenken, dass die Akzeptanz dieser zwei Varianten durch die Radfahrer sehr fraglich sei. Zudem hege er große Sicherheitsbedenken, eine Radfahrerschleuse zwischen zwei Richtungsfahrbahnen einzurichten. Er sagt jedoch zu, diesen Vorschlag mit dem Fahrradbeauftragten und der Polizei zu diskutieren.

Ausschussvorsitzender Möring bittet vor einer etwaigen Umsetzung die Bezirksvertretung Lindenthal zu involvieren.

**7.7 Nord-Süd Stadtbahn, 3. Baustufe / Organisation des Projektes
4391/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.8 Faltblatt zum Radverkehrsnetz NRW für die Stadt Köln
4430/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.9 Außenanlagen und Stand der Bauausführung - Gehwegbelag im Umfeld des
Neubaus Kulturzentrum am Neumarkt
4657/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

BG Streitberger führt ergänzend hierzu aus, dass der in Rede stehende Bereich nicht separat gesehen werden dürfe; vielmehr müsse der Focus auf das gesamte Areal zwischen Neuköllner Straße, Jabachstraße, Kulturzentrum am Neumarkt, VHS, Fleischmengergasse, Cäcilienstraße bis zur Leonhard-Tietz-Straße gerichtet werden. Es bestehe ein Erneuerungsbedarf im gesamten Quartier und dementsprechend werde derzeit ein Konzept für die öffentlichen Verkehrsflächen erarbeitet. Die Grenze zu den öffentlichen Gehwegen vor dem Kulturzentrum werde optisch sauber und ansprechend gestaltet, ggf. in Form einer Schiene. Er könne die Auffassung des Unterausschusses durchaus nachvollziehen; er bitte den hiesigen Ausschuss jedoch, seiner Argumentation zu folgen und den Focus auf das gesamte Quartier zu richten.

RM Kirchmeyer und Ausschussvorsitzender Möring stimmen diesen Ausführungen zu.

**7.10 Änderungen zum Fahrplanwechsel Dezember 2008
4637/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Tull merkt an, dass das Kölner „Nachtprogramm“ im Vergleich zu anderen Großstädten unterdurchschnittlich sei. Dies sei sicherlich auch in den finanziellen Rahmenbedingungen begründet; gleichwohl wäre es wünschenswert, sich dem nationalen und internationalen Niveau anzupassen.

**7.11 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Berichtswesen 4. Quartal 2007 sowie 1.
bis 3. Quartal 2008
4478/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Ausschussvorsitzender Möring weist auf die Kostensteigerung hin.

**7.12 Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe, Berichtswesen 4. Quartal 2007 sowie 1. bis 3. Quartal 2008
4486/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

8 Mündliche Anfragen

**8.1 Parken am Venloer Wall
Anfrage des RM Kirchmeyer**

RM Kirchmeyer legt dar, dass das Parken am Venloer Wall beidseitig – gegen Entgelt – möglich sei. Auf der zum Bahndamm gelegenen Seite würden die Bäume und Sträucher jedoch bis auf die Straße wachsen und wuchern, so dass sie dringend darum bitte, mit der DB Kontakt aufzunehmen.

BG Streitberger sagt eine Weiterleitung an das Amt für öffentliche Ordnung zu.

**8.2 Lärmschutzmaßnahmen an der A 1
Anfrage des SE Schlapka**

SE Schlapka bittet die Verwaltung, in einer der nächsten Sitzungen einen Sachstandsbericht über die Lärmschutzmaßnahmen an der A 1 – insbesondere vor dem Hintergrund der Untertunnelung nach EU-Richtlinien - vorzulegen.

SE Preckel verweist auf größere Unfälle mit brennenden Tanklastwagen und bittet darüber hinaus um Mitteilung, ob die Tunnelanlagen für derartige Katastrophen baulich ausgerüstet seien.

**8.3 Baumaßnahmen am Chlodwigplatz
Anfrage des RM Ciesla-Baier**

RM Ciesla-Baier berichtet, dass im Zuge der ausgeführten Baumaßnahmen auf den Fahrbahnen taktile Leitstreifen für Sehbehinderte und Blinde angelegt wurden. Diese seien jedoch sowohl in der Breite als auch in der Tiefe nicht ordnungsgemäß ausgeführt und somit für die Zielgruppen nicht ertastbar. Er bitte um Überprüfung.

8.4 Güterverkehr in Köln-Longerich Anfrage des SE Weisenstein

SE Weisenstein berichtet von einer in den Herbstferien durchgeführten Bürgerversammlung in Longerich zum Thema „Lärmbelästigung durch die HGK-Trasse im Gebiet Ginsterpfad Richtung Hafen“. Hierbei wurde deutlich, dass die Lärmbelästigung in den letzten Jahren um ein Vielfaches zugenommen habe, die HGK jedoch nur begrenzt Einfluss nehmen könne, da vermehrt Fremdunternehmen die HGK-Trasse nutzen. Er bitte nun die Verwaltung um Mitteilung, ob und inwieweit diese Abhilfe schaffen könne.

SE Schmitz bestätigt diese Ausführungen; nach seiner Einschätzung habe der Verkehr um ein Dreifaches zugenommen.

BG Streitberger teilt mit, dass die Beschwerden bekannt seien und aufgrund der verstärkten Hafennutzung voraussichtlich noch weiter ansteigen werden. Es handele sich jedoch um eine genehmigte Anlage und die Stadt Köln habe hier keinerlei Einflussmöglichkeiten.

8.5 Verlängerung der Stadtbahnlinie 5 in Ossendorf Mündliche Mitteilung der KVB AG

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, nimmt Bezug auf die seitens der Bezirksvertretung Ehrenfeld aufgeworfene Frage nach den Kosten einer Überführung der HGK-Trasse (*vgl. hierzu Sitzung der BV Ehrenfeld am 15.09. und Sitzung des Verkehrsausschusses am 18.09.2008*) und teilt mit, dass die Prüfung durch die HGK zusätzliche Kosten von 17, 1 Mio. € für die Verlegung ergeben habe.

Ausschussvorsitzender Möring bittet, diese Information auch der Bezirksvertretung vorzulegen.

8.6 Wettbewerb "Kinder sicher unterwegs in Städten" Mündliche Mitteilung des Ausschussvorsitzenden Möring

Ausschussvorsitzender Möring berichtet, dass er heute Morgen einen Preis entgegennehmen durfte, der auch in Teilen der Stadt Köln zu Gute komme. Das Kompetenzzentrum des VRS habe mit dem Projekt „Netzwerk verkehrssichere Städte und Gemeinden“ am Wettbewerb des ADAC „Kinder sicher unterwegs in Städten“ teilgenommen und zusammen mit Norderstedt in der Kategorie Integration und Kooperation einen ersten Preis gewonnen.

- Ende des öffentlichen Teils -